

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12 — Sächsischer Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327 Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage Bezugspreis (in RM.) halbmonatlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Prossen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiete, Inh. Walter Hiete

Verantwortlich: Walter Hiete.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“, „Die Frau und ihre Welt“, Illustrierte Sonntagsbeilage:

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreiskürzung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 153 Bad Schandau, Donnerstag, den 3. Juli 1930 74. Jahrgang

Schon vor 7 Jahren Rheinlanddräumung?

Mussolini machte 1923 konkrete Vorschläge auch über Reparationen

Mussolini für Rheinlanddräumung 1923

London, 2. Juli.

Im Hinblick auf die Räumung des Rheinlandes schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, er könne jetzt eine bemerkenswerte, aber der Öffentlichkeit bisher nicht bekannte Tatsache mitteilen:

Bereits am 3. April 1923, also vor mehr als sieben Jahren, habe Mussolini der britischen Regierung die Zurückziehung der alliierten Armeen aus dem gesamten besetzten Gebiet vorgeschlagen. Das sei kurz nach der Ruhrbesetzung gewesen. Mussolini sei zu seinem Vorschlag veranlaßt worden, durch die Besorgnis, Italien würde infolge des deutschen passiven Widerstandes keine Reparationskohle mehr erhalten können. Ferner habe er befürchtet, daß die französischen Nationalisten darauf bestehen würden, das Ruhrgebiet und das Rheinland dauernd in der Hand zu behalten, um eine militärische und industrielle Oberherrschaft über Europa zu erlangen.

Im März 1923 habe Mussolini in Mailand die Lage mit dem belgischen Außenminister Jaspar besprochen und ein Programm aufgestellt, das völlige Räumung des Ruhrgebiets und des Rheinlands, Festsetzung der Reparationen auf 50 Milliarden Mark, ein teilweises Moratorium für vier Jahre, Auflegung innerer und internationaler deutscher Anleihen bei einer gewissen Aufsicht über die deutschen Finanzen vorschlag.

Jaspar habe sich im allgemeinen mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, und Mussolini habe ihn darauf durch den italienischen Botschafter in London der britischen Regierung unterbreiten lassen.

Diese sei aber befohrt gewesen wegen der Rückwirkungen solcher Vorschläge auf Poincaré und die französische öffentliche Meinung, und auch die belgische Regierung sei schwankend geworden. Infolgedessen sei aus Mussolinis kühnem Plan nichts geworden.

Hindenburgs Rheinlandfeier an der Weichsel.

Marientwender. Während überall in Deutschland der Tag gefeiert wurde, an dem der deutsche Rhein wieder frei wurde, hat Reichspräsident v. Hindenburg auf seine Weise still den Tag gefeiert. Erst jetzt wird bekannt, daß Reichspräsident v. Hindenburg, der bekanntlich in diesen Tagen auf seinem Stammgut Neudeck in dem Deutschland verbliebenen Teile Westpreußens weilte, am Tage der Rheinlandbefreiung in aller Stille an den verlorenen Weichselstrom gefahren war. Hindenburg begab sich an die Grenze und fuhr dann nordwärts nach den in letzter Zeit oft genannten Orten Kurzebrat, dem einzigen unzulänglichen Zugang Deutschlands zum Weichselstrom, Neuhöfen, dem Ort des polnischen Grenzübergreifens, und Weichenburg, der sogenannten Dreiländerede, wo Ostpreußen, der Freistaat Danzig und das an Polen verlorene Gebiet zusammenstoßen. Überall, wo die Bevölkerung den greisen Führer des Reiches erkannte, jubelte sie ihm zu.

Die „Weichsel-Zeitung“ in Marientwender widmet dem Besuche Hindenburgs eine Betrachtung unter der Überschrift: „Wehmut an der Weichsel“ und schließt ihre Betrachtung mit den Worten: „Herr, mach auch sie frei!“

Rheinlandfeier im österreichischen Nationalrat.

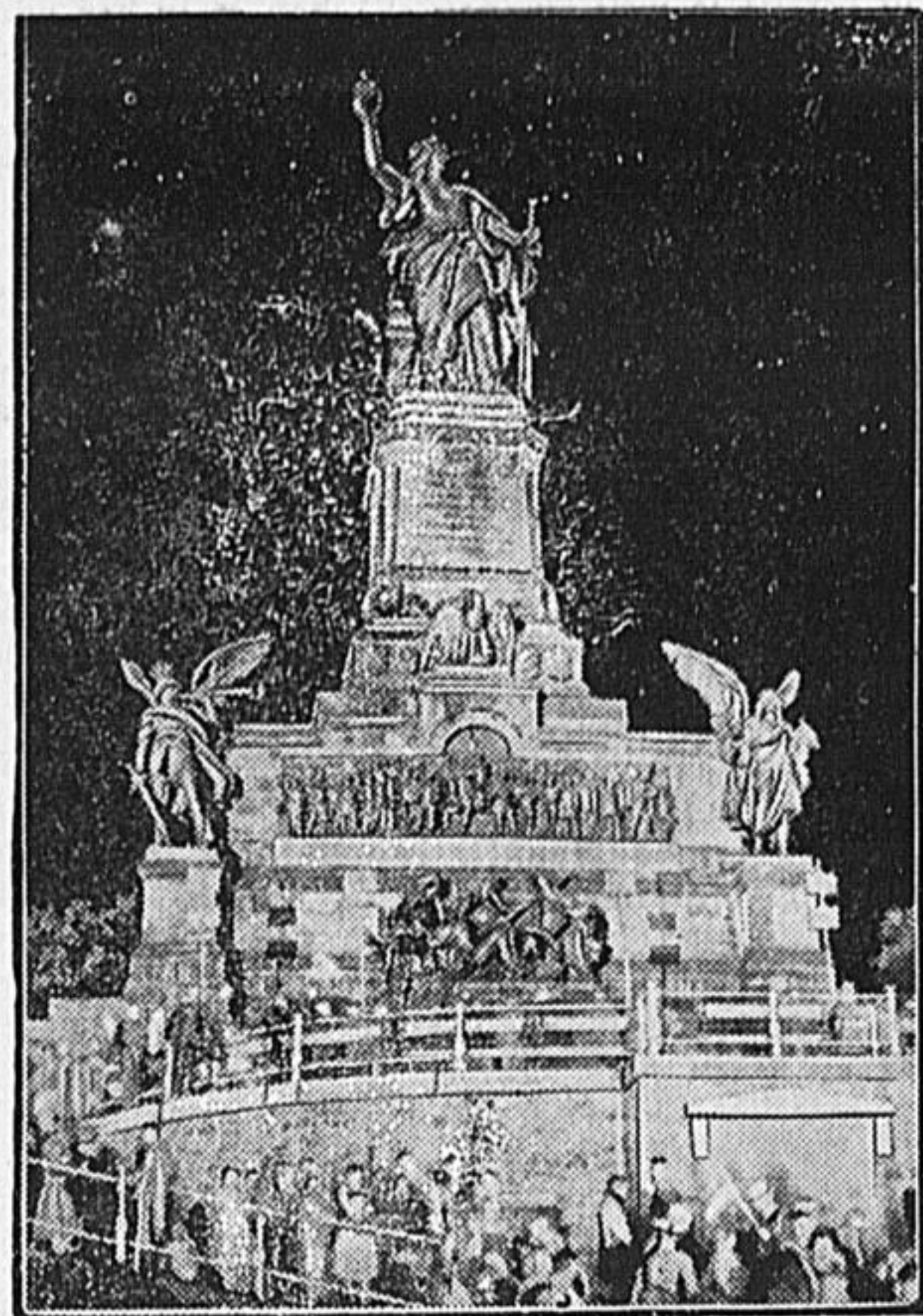
Wien. Die Sitzung des Nationalrates am Mittwoch gestaltete sich zu einer würdevollen Kundgebung für das befreite Rheinland. Der Präsident Dr. Gurtler, dessen Rede von den Nationalräten stehend angehört wurde, führte aus: Eine große Botschaft ging in den letzten Tagen durch die Welt: Die dritte Zone des besetzten Gebietes ist von fremder Besatzung geräumt, der lang ersehnte Tag der Freiheit für das Rheinland angebrochen. Das deutsche Volk, das dieses denkwürdige Ereignis in erster Zeit feiert, darf der freudigen Anteilnahme aller Brüder und Schwestern außerhalb der Reichsgrenzen sicher sein. Wir Österreicher, die wir uns der Bevölkerung des Rheinlandes vielfach weifensverwandt fühlen, erleben mit inniger Freude dieses Geschehnis, das für so viele Volksgenossen und frohgenannte Menschen die Erfüllung eines heiß ersehnten Wunsches bedeutet. Dem Rheinland und seinen Brüdern entbietet der österreichische Nationalrat in diesen Tagen seinen Gruß.

Innere Verbundenheit trotz äußerer Trennung.

Des Reichspräsidenten Dank an Österreich.

Auf das Glückwunschtelegramm des Österreichischen Bundespräsidenten an den Reichspräsidenten hat dieser folgende telegraphische Antwort gesandt:

„Für die Worte herzlichster Anteilnahme, die mir Euer Exzellenz namens der Deutschen in Österreich aus Anlaß



Die nächtliche Befreiungsfeier am Niederrhine Denkmal sah zum erstenmal seit langen Jahren das Denkmal wieder in eine Flut von Licht getaucht. Bisher war die Denkmalsbeleuchtung durch die Besatzungsbehörde verboten gewesen.

der nunmehr vollzogenen Räumung des Rheinlandes aussprachen, sage ich Ihnen vielen Dank. Die Deutschen im Reich beäugen dankbar diesen Ausdruck brüderlichen Mitlebens und innerer Verbundenheit.“

Treuegelöbnis der Saarländer.

Aus dem Saargebiet ist folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten eingegangen:

„In der Stunde der Befreiung von Rheinland und Pfalz sind 100 000 deutsche Männer und Frauen im ganzen Saargebiet zu Treuekundgebungen versammelt, getragen von der bestimmten Erwartung, daß nun endlich auch die Freiheitsstunde für die Saar schlägt und daß dem einmütigen Willen der Bevölkerung entsprechend jeder Eingriff in die Gerechtfame von Land und Ehre vermieden wird. Sie geloben dem Herrn Reichspräsidenten erneut unbedingte Treue zum Reich und bitten zum Entgegenahme ehrerbietigsten Grußes.“

Der Reichspräsident hat wie folgt geantwortet:

„Den deutschen Männern und Frauen des Saargebietes danke ich für das mir in der Stunde der Befreiung von Rheinland und Pfalz ausgesprochene Gelöbnis unbedingter Treue zum Reich. In dankbarer Anerkennung der bisherigen Haltung der Saarbewohner nehme ich diese Versicherung mit großer Befriedigung und in der sicheren Zuversicht entgegen, daß die Saarländer in ihrer vaterländischen Treue niemals wanken werden. Mit Ihnen allen hoffe ich, daß nunmehr auch bald für die Saar die Befreiungstunde schlägt.“

Jagd auf Separatisten in Mainz.

Mainz. Seit Mittwoch abend 10 Uhr ist die Stadt Mainz in großer Aufregung. Verschiedene Trupps in Stärke von etwa 100 bis 150 Mann ziehen durch die einzelnen Stadtteile und machen Jagd auf Separatisten. Trotz des sofortigen Einsetzens von Polizei gelang es ihnen, die Wohnungen einzelner Separatistenführer, die in der Separatistenzeit eine besonders große Rolle gespielt haben, zu erreichen und teilweise zu zerstören. Die Separatisten selbst konnten nicht erreicht werden, da sie zum Teil die Stadt verlassen haben, zum Teil aber von der Polizei vorher in Schutzhaft genommen worden waren. Die Verfolgungen dauern noch an. Die Polizei ist noch nicht Herr der Lage.

Die Rheinlandamnestie wird Gesetz

Zwei Drittel des Reichstags für Amnestie.

Auch die Kommunisten stimmen zu. Ein ungewohnter und fast einzig dastehender Vorgang gab der Mittwochssitzung des Reichstages die charakteristische Note. Die Amnestievorlage aus Anlaß der Rheinlandbefreiung, die in der zweiten Lesung die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erlangt hatte, wurde dadurch in den Häfen gebracht, daß diesmal, entgegen ihrem Verhalten in zweiter Beratung, die Kommunisten mit den Regierungsparteien für den Entwurf stimmten und die Sozialdemokraten bei ihrem Widerstand vereinzelt blieben. Dadurch wurde die erforderliche qualifizierte Mehrheit hergestellt und Präsident Ebert stellte das ausdrücklich fest. Es wurden insgesamt 425 Stimmen abgegeben. Für die Vorlage stimmten 290, dagegen 135 Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei. Vorher kam es zu einem erbitterten Redeeuell zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Da die zustimmende Erklärung der Kommunisten mit heftigen Angriffen gegen die Sozialdemokraten begann und die frühere ablehnende Haltung der Kommunistischen Partei bekannt war, so wurde ihre heutige Zustimmung von den Sozialdemokraten mit großem Gelächter aufgenommen. Der sozialdemokratische Abg. Landsberg beschäufte sich eingehend mit dem Unfall der radikalere Genossen und erklärte zum Schluß, daß seine Partei dieses Gesetz nach wie vor ablehne, da es dem Rechtsgefühl widerspreche. Zu Beginn der Sitzung hatte das Haus schon einige kleinere Vorlagen erledigt und an die Ausschüsse überwiesen. Schließlich beschäftigte man sich mit der Beratung des Verjüngungsgesetzes.

Sitzungsbericht.

(189. Sitzung.) OB. Berlin, 2. Juli.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die erste Beratung des Zusatzprotokolls zum deutsch-niederländischen Zoll- und Kreditvertrag, das deutsch-französische Abkommen über den kleinen Grenzverkehr und das deutsch-rumänische vorläufige Handelsabkommen.

Abg. von Sybel (Chr.-Nat. Vp.) wandte sich gegen die kürzlichen Ausführungen des Außenministers über die Handelsvertragspolitik und erklärte, daß nicht zuletzt diese Politik zu der schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft geführt habe. Auch bei den vorliegenden Verträgen werde keinerlei Rücksicht auf die Landwirtschaft genommen. Seine Partei könne keinem holländischen Abkommen zustimmen, das nicht gleichzeitig eine Lösung der Frage der Kartoffeleinfuhr enthalte.

Sämtliche Vorlagen wurden darauf der Ausschußberatung überwiesen.

Der Gesetzentwurf über den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Ständigen Internationalen Gerichtshof wurde in erster und zweiter Beratung, das deutsch-perussische Abkommen über den Schutz von Erfindungspatenten usw. in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgte dann die dritte Beratung der Amnestievorlage.

Abg. von Bindeiner-Wildau (Dm.) betonte, daß dieses Gesetz nicht, wie Abg. Landsberg gefagt habe, auf Wunsch der Partei des Herrn Treviranus, sondern auf Anregung der Bevölkerung des besetzten Gebietes geschaffen worden sei. Es sei im historischen Augenblick der Rheinlandbefreiung angebracht, mit der Verfolgung der sogenannten Femeverbrecher aufzuhören.